Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 31. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 20. Januar 1903.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Bei herrlichem Winterwetter fand gestern in Petersburg das Fest der Wasserweihe statt. Vor dem Jordanportal des Winterpalais war der Jordantempel errichtet. Von diesem bis zum Winterpalais bildeten Gardetruppen Spalier; die gesamte übrige Garnison stand dem Winterpalais gegenüber am Newa-Quai in Wassili Octron in Parade. Um 11 Uhr erschienen im Winterpalais der Kaiser mit der Kaiserin-Mutter, der deutsche Kronprinz mit der Kaiserin Alexandra und die übrigen Großfürsten und Großfürstinnen. Die Herrschaften begaben sich dann in die Kirche des Winterpalais, wo der Metropolit Antoni, umgeben von der höchsten Geistlichkeit, einen Gottesdienst celebrierte. Der Kaiser und der deutsche Kronprinz begaben sich in die Prunkgemächer, um der Feier der Wasserweihe zuzuschauen. Der Thronfolger und die Großfürsten betraten den Jordantempel, in welchen auch die Fahnen gebracht wurden. Darauf nahm der Metropolit unter den üblichen Zeremonien die Wasserweihe vor. Sodann fand bei dem Kaiser und der Kaiserin ein Galafrühstück statt. Nach Beendigung desselben überreichte der Kronprinz im Beisein des Botschafters Grafen Alvensleben und des Marine-Attachés Freiherrn v. Schimmelmann das Modell des neuesten Linienschiffes der deutschen Marine „Braunschweig" als Geschenk Kaiser Wilhelms an Kaiser Nikolaus. Um 7 Uhr abends war Familientafel bei dem Kaiser und der Kaiserin. Darauf besuchte der Kronprinz die Oper im Marientheater und reiste um 12½ Uhr nachts in Begleitung des Thronfolgers mit Gefolge und dem russischen Ehrendienst nach Nowgorod ab zur Besichtigung des 85. Infanterie-Regiments Wyborg, dessen Chef Kaiser Wilhelm ist.

Die Kronprinzessin von Sachsen.

Die von uns gestern vertretene Ansicht, daß es sich bei der Abreise der Kronprinzessin von Genf nicht um eine Flucht handle, findet ihre Bestätigung in folgender Erklärung des Advokaten Lachenal die er dem Genfer Berichterstatter des „Leipz. Tagbl." abgegeben hat:

„Die Abreise ist keine Flucht, sondern war von mir ganz genau vorbereitet worden. Im Verlaufe der Verhandlungen zwischen ihren beiden Advokaten, also Zehme aus Leipzig und mir, hatte die Kronprinzessin mehrmals den Wunsch geäußert, wegen der gegenwärtigen Kälte in Genf diese Stadt mit einem milderen Klima zu vertauschen. Wir wählten Mentone, als einen kleineren Ort, wo die Kronprinzessin ruhig weilen könne, und auch nicht zu arg von den Fremden oder Journalisten belästigt würde, auch wünsche die Kronprinzessin, daß der Ort ihres zukünftigen Aufenthalts nicht zu früh bekannt würde, damit sie dort einige Tage einer unbeschränkten Ruhe genießen könne. Die Abreise wurde in allen Einzelheiten arrangiert. So hat z. B. die Kronprinzessin nicht den Schnellzug in Genf genommen, sondern ist in einem Bummelzug eine Stunde früher von hier abgereist und wartete dann an der französischen Grenzstation Bellegarde die Ankunft des Schnellzugs nach Marseille ab.

Die Vorbereitungen gelten allerdings für Giron mit, aber offiziell muß ich Giron ignorieren, da ich nur Anwalt der Kronprinzessin bin. Die Abreise wird keinen Einfluß auf den Prozeß haben. Zehme und ich waren ja damit einverstanden. Die Kronprinzessin wird in Mentone den Abschluß des Prozesses abwarten. Vielleicht ist am 28. Januar alles fertig, vielleicht wird der Prozeß vertagt. Giron und die Kronprinzessin erscheinen mir unzertrennlich. Sie werden niemals voneinander lassen, sonst hätte die Kronprinzessin ihre Kinder und ihre hohe Stellung am Hofe in Dresden nicht aufgegeben."

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag trat gestern in die erste Beratung des Etats, erst um 2 Uhr, um dem preußischen Abgeordnetenhause einen Vorsprung von drei Stunden zu lassen. Zwischen beiden Häusern aber ist ein großer Unterschied. Im Abgeordnetenhause bringt der Finanzminister selbst den Etat ein, er wird vorher nicht ausgegeben. Im Reichstage geht der Etat schon vorher dem Hause zu und der Reichsschatzsekretär erläutert nur mehr schon bekannte Tatsachen und gibt höchstens den Rednern, die den Etat kritisieren wollen, noch einigen Anhalt mehr dazu. Der jetzige Staatssekretär Frhr. v. Thielmann ist kein Redner. Zwar bewahrt er diese philosophische Ruhe, die ihn als gelehrten Mann kennzeichnet. Aber er ist zu lange „draußen" gewesen, als daß er noch den rechten Geschmack daran fände, mit den Stimmungen im Parlamente sich zu beschäftigen und seine Reden nach großen politischen und parteitaktischen Rücksichten aufzubauen. Er hat es bisher nicht gelernt. Der Präsident Graf Ballestrem mußte ihm daher mehrfach Ruhe verschaffen; er entschuldigte den Staatssekretär als „etwas heiser". Leider kennen wir ihn bisher nicht als anregenden Redner.

Lebendiger wurde es, als der alte bayrische Zentrumskämpe Dr. Schädler, der sich durch allzugroße Höflichkeit noch nie ausgezeichnet hat, von dem Etat auf das Kunsttelegramm abschweifte, das der Kaiser von Swinemünde an den Prinzregenten von Bayern gerichtet hat. Es war bekanntlich durch die Abbitte von 100,000 M. für Kunstzwecke im bayrischen Etat veranlaßt worden. Diese 100,000 M. sind später dann von einem reichen Privatmann zur Verfügung gestellt worden. Der Redner nennt die Depesche einen Eingriff in die Rechte und die Selbständigkeit der II. bayrischen Kammer. Die Freiheit der Religion sei die richtige Heimatpolitik, von diesem sicheren Horste aus könne der deutsche Adler sich zur Weltpolitik erheben, fügte er natürlich als Geistlicher und Zentrumsmann hinzu.

Man hatte den Reichskanzler Grafen Bülow von diesem — übrigens früher bereits angekündigten — Vorstoß gegen seine Verantwortlichkeit oder Unverantwortlichkeit benachrichtigt; er hatte inzwischen im Abgeordnetenhause die Polenpolitik der Regierung verteidigt und erläutert. Die Schärfe des Abg. Dr. Schädler war wohl die Veranlassung, daß er gleichfalls einen scharfen, ziemlich spitzen Ton gegen den Partikularisten anschlug, dem man nicht folgen dürfe, wolle man nicht nach außen das Bild des geeinigten Deutschland und des starken deutschen Kaisertums zerstören. Im übrigen habe der Kaiser dasselbe Recht wie jeder Privatmann, z. B. der Abg. Schädler, zu befreundeten Fürsten seine Meinung — auch in programmatischer Form — zu äußern, ohne daß es dafür der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfe. Das seien keine Regierungsakte. Gleichwohl übernehme er auch für solche Telegramme die Verantwortung gern. Der Abg. Dr. Schädler versuchte in einer persönlichen Bemerkung recht persönlich gegen den Kanzler zu werden; er begnügte sich aber schließlich mit dem Trick, von ihm die Widerlegung eines — Staatsrechtslehrers wie Laband zu fordern, ehe er ihn so scharf angreifen dürfe.

Der konservative Graf Stolberg ist kein großer Finanzpolitiker, nur ein „energischer" Präsident. Er hofft auf den Zolltarif, der wird die Finanzen des Reiches aufbessern und tut er es nicht, na, dann müssen neue Steuern geschaffen werden. Diesen Faden dürfte die Mehrheit überhaupt vermutlich weiterspinnen. Heute geht die Beratung weiter.

Volkswirtschaftliches.

* Amtlicher Nachweisung zufolge betrug die Einnahme an Wechselstempelsteuer im Deutschen Reiche für die ersten neun Monate des laufenden Etatsjahres 8,992,245,70 M. oder 472,888,30 M. weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Parlamentarisches.

* Zu den gleichzeitigen Etatslesungen im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause bemerkt die „N. L. K.": Im Reichstag sah es zu Beginn der Sitzung recht kläglich mit der „Vollzähligkeit" der Reichstagsmitglieder aus. Die Regierungsbänke waren dagegen überfüllt: unter den Anwesenden bemerkte man auch den Gouverneur von Ostafrika, Graf Goetzen. Gegen 3 Uhr eilten die Herren aus dem Abgeordnetenhause herbei, die schleunigst ihre Zelte dort abgebrochen hatten, als sie die Kunde erreichte, Abg. Schädler spreche über die bekannte Kaiserdepesche. So zog alles nach dem Reichstag — — — der Regierungs- und Parlamentsbetrieb im Wandern!

* Beim Ordensfeste haben aus parlamentarischen Kreisen Auszeichnungen erhalten das Herrenhausmitglied von Zedlitz-Gesetz, Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes in Schlesien, den Roten Adlerorden 3. Klasse, den Kronenorden 3. Klasse der Landtagsabgeordnete Popelius (frk.), den Roten Adlerorden 4. Klasse die Landtagsabgeordneten Kasch (t.), Reichardt (nl.), Vertreter von Magdeburg, v. Blenten (S.) und Vorster (frk.) und der Bureaudirektor des Abgeordnetenhauses Rechnungsrat Plate.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf über den Versicherungsvertrag sollten bereits, wie gehofft wurde, gegen Ausgang des vorigen Jahres ihrem Abschluß entgegengeführt werden können. Dies hat sich nicht ermöglichen lassen. Die Schwierigkeiten der Materie haben sich als größer herausgestellt, wie angenommen worden war. Wahrscheinlich wird der Februar oder März ins Land kommen, bis der Gesetzentwurf an die einzelstaatlichen Regierungen zur Begutachtung gehen und gleichzeitig zur Veröffentlichung gelangen kann.

* Wie erinnerlich, wurde benängelt, daß der „Reichsanzeiger" den Ausweis über die Einnahmen des Reichs für die ersten acht Monate des laufenden Etatsjahres erst am vorigen Sonnabend veröffentlicht hat. Die Betrachtungen sind, wie die „Berl. Pol. Korr." schreibt, überflüssig, weil die betreffenden Einnahmezahlen schon Ende Dezember v. J. vom amtlichen Centralblatt für das Deutsche Reich publiziert worden sind.

Heer und Flotte.

* An Bord des zur Zeit in Ancona weilenden deutschen Schulschiffes „Stein" ist der Kapitänleutnant Reiche gestorben.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

241. Sitzung vom 19. Januar, 2 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Thielmann, von Goßler, Graf v. Posadowsky, v. Tirpitz u. a.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann (schwer verständlich): Der vorliegende Etat enthält nicht nur Matrikularbeiträge von 24 Millionen Mark, sondern auch eine Zuschußanleihe von 94 Millionen Mark. Der vorhergehende Etat hat ein Defizit von 48 Millionen gebracht. Der Etat für 1903 ist also noch weit schlechter, als man es sich gedacht hat. Auch der preußische Etat, der vor seiner Einbringung wenig bekannt ist, jetzt aber vorliegt, hat eine Reihe von Ueberraschungen gebracht. Der Reichsetat für 1900 brachte zum ersten mal ein Defizit von zwei Millionen Mark. Noch niemals aber, seitdem das Reich besteht, hat ein Etat so wenig den Voranschlagungen entsprochen, wie der Etat für 1901. Die Ursachen liegen auf der Hand, sie beruhen auf der allgemeinen wirtschaftlichen Depression. So ergab allein die Postverwaltung 19 Millionen weniger, die Eisenbahnen 11 Millionen, die Zuckersteuer 5 Millionen, die Brennsteuer 3 Millionen. Dazu kommt noch, was für die Bundesstaaten sehr schmerzlich ist, ein Minus an Ueberweisungssteuern von 15 Millionen. Es sind zwar auch Schulden getilgt worden, aber dafür hat man die Matrikularbeiträge erhöhen müssen. Der Gedanke einer Reichsfinanz-Reform kann also nicht mehr von der Hand gewiesen werden. Auch das Jahr 1902 wird voraussichtlich einen hohen Fehlbetrag ergeben, bei den meisten Ressorts haben wir Mindererträge, auch haben sich erhöhte Mehrausgaben hier und da herausgestellt. Die Zuckersteuer allein brachte 15½ Millionen weniger, die Reichsbank hat auch Mindererträge, wie hoch dieselben sich beziffern werden, weiß ich noch nicht, da die Reichsbank noch nicht abgeschlossen hat. Andere Ressorts haben dagegen Mehreinnahmen ergeben, rechnet man die von den Mindereinnahmen ab, so ergibt sich ein Defizit von 17½ Millionen, abgesehen von dem Ergebnis der Reichsbank. Die Kaiserliche Marineverwaltung wird — abgesehen von der venezolanischen Blockade — Mehrbeträge nicht verlangen, ihre Ausgaben decken sich mit dem Etat. Ob die Kosten der Blockade einen Nachtragsetat erfordern werden, läßt sich jetzt noch nicht sagen, wir können noch nicht wissen, wie lange die Blockade dauern wird. Wenn man alles zusammenrechnet, wird das Gesamtergebnis des Jahres 1902 im eigenen Haushalt des Reiches 30 Millionen Defizit ergeben. Der Etat für 1902 liegt Ihnen jetzt vor. Im Abgeordnetenhause sagt der Finanzminister Neukirchen, hier ist es anders, da die Zahlen des Reichshaushaltsetats seit langem bekannt sind. Ich kann mich deshalb hier ganz kurz fassen. Die Reichsforstsches sind schon sehr vorsichtig gewesen, dabei hat der Bundesrat noch alle nicht ganz notwendigen Ausgaben gestrichen und alle anderen auf das absolut nötige Maß herabgesetzt. Die Zuschußanleihe von 95 Millionen wird sich daher auf dem Wege der Streichungen kaum verringern lassen. Es waren Mehrausgaben von 46 Millionen nötig, zum Teil waren sie durch die erhöhten Ausgaben für die Wohlfahrtsgesetze bedingt. Eine Steigerung der Matrikularbeiträge ist nicht möglich, schon jetzt ist die Finanzwirtschaft der kleinen Staaten so beengt, daß sie gezwungen sind, für die Matrikularbeiträge Anleihen aufzunehmen. Dies ist doch sicher ein ungesunder Zustand. Redner erörtert sodann die einzelnen Positionen des Etats und erwähnt besonders die Zahlen für die Weltausstellung in St. Louis. Nötig gewesen ist es auch, sich für das Reichsmarineamt ein Grundstück zu sichern, da Wertheim sich immer mehr ausdehnt. (Heiterkeit.) Der Rest der Rede des Schatzsekretärs bleibt absolut unverständlich.

Abg. Dr. Schädler (Ztr.): Der Schatzsekretär hat ganz recht, Neues hat er uns nicht gesagt, seine Darlegungen haben uns das Defizit nicht schmackhafter gemacht, ein kleiner Trost ist es ja, daß das neue Defizit nicht noch größer sein wird. Neue Schulden und steigende Ausgaben, das ist die Signatur der Zeit! Und zwar sagt uns das derselbe Staatssekretär, der noch vor wenigen Jahren im Gelde geschwommen ist. Wir müssen uns wirklich fragen, ob es angesichts der großen Etatsüberschreitungen überhaupt noch nötig ist, einen Etat aufzustellen. Durch ganz besondere Ungeniertheit hat sich die Post- und Telegraphenverwaltung ausgezeichnet, die viele Millionen für neue Telegraphenanlagen fordert. Hängt das viele Telegraphieren vielleicht mit der Weltpolitik zusammen? Die Marineverwaltung hat auch große Etatsüberschreitungen, sie schöpft ja überhaupt immer aus dem vollen, das bringt ihr Beruf mit sich. (Heiterkeit.) Auch beim Militäretat muß gespart werden, die Kaisermanöver sollen immer mehr zu reinen Schaustellungen geworden sein, die ihren kriegerischen Charakter verloren haben. Der Schatzsekretär meinte, wir würden nicht viel streichen können. Wir wollen mal abwarten, ob wir nicht doch noch Abstriche machen können. (Reichskanzler Graf Bülow betritt den Saal.) Muß denn das neue Marineamt gerade auf dem teuersten Platz stehen? Fragen möchte ich, ob künftig für jede ausländische Anstellung im Reiche 3—4 Millionen ausgegeben werden sollen. Wir haben doch im eigenen Lande dringendere Aufgaben zu erfüllen. Man muß namentlich bei Neubauten fragen, ob sie unerläßlich notwendig sind. Auch das Kapitel Nummerationen muß einmal näher untersucht werden. Die Zuschußanleihe ganz zu beseitigen, wird wohl kaum gelingen, aber wir müssen versuchen, sie wenigstens durch Abstrich herunterzubringen. Wie lange soll überhaupt eine solche Pumpwirtschaft im Reiche noch dauern! Eine Finanzreform kann jetzt nicht gemacht werden, da man noch gar nicht weiß, wie sich das finanzielle Ergebnis der Zölle nach Abschluß der neuen Handelsverträge gestalten wird. Hoffentlich werden die Interessen der Landwirtschaft dabei genügend berücksichtigt werden. Was unsere auswärtige Politik betrifft, so haben wir an Liebe sicherlich nicht gewonnen. Den Reichskanzler möchte ich um Auskunft über den Stand unserer Angelegenheit mit Venezuela bitten. Trotz des Dreibundes scheinen wir immer nur auf uns selbst angewiesen zu sein. Mit unseren Kolonien erleben wir nicht viel Freude. Der Assessorismus herrscht dort immer noch und hindert einen Erfolg der Kolonialpolitik. Wir stehen rückhaltlos auf dem Boden der Reichsverfassung und sind fern von Reichsverdrossenheit. Aber imperialistische Bestrebungen, wie sie jetzt vorkommen, haben in Bayern große Erregung verursacht. Redner verliest darauf den Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und den Prinzregenten aus Anlaß der Ablehnung der Kunstforderungen in der bayrischen Kammer, die nicht aus Feindschaft gegen die Kunst erfolgt, sondern gegen das Ministerium gerichtet gewesen sei, und nicht etwa gegen den Prinzregenten, wie das Telegramm des Kaisers annimmt. Es ist ganz ungewöhnlich, daß ein außerbayrischer Monarch darüber in eine solche Erregung geraten kann. Die bayrische Kammer hat doch nur von einem ihr zustehenden unbestrittenen Recht Gebrauch gemacht. Die Kammer ist doch kein Bewilligungsautomat. Die Swinemünder Depesche läßt uns ganz ruhig. Wir richten unsere Handlungen ein nach Pflicht und Gewissen. Die Depesche hat uns nicht diskreditiert, sondern gekräftigt und gestärkt. Regis voluntas suprema lex. Das kann doch unmöglich von einem Monarchen für ein anderes Land gelten. Gegen die Veröffentlichung der Depesche müssen wir Protest erheben. Der Kaiser ist im Deutschen Reich nicht souveräner Monarch, sondern nur in Preußen. Er hat im Reich nur Präsidialrechte auszuüben. Zu seinen Rechten gehört nicht die politische Kontrolle über die gesetzgeberischen Fehler eines Bundesstaats, noch viel weniger das Recht der Rüge. Die Swinemünder Depesche ist ein direkter Eingriff in die Rechte der Bundesstaaten, deshalb erheben wir auch Protest dagegen. Da der Kaiser unverantwortlich ist, richten wir an die verantwortliche Stelle, den Reichskanzler, die Frage, ob er die Informationen zu der Depesche erteilt und ihre Veröffentlichung versucht hat. Ein süddeutsches Blatt hat mal gesagt: der Kaiser ist der best gehaßte Mann in Deutschland. Das ist durchaus unrichtig, auch in Süddeutschland schlagen ihm die Herzen zu. Damit dies aber so bleibt, müssen wir solche Eingriffe in ihre Sprache bringen und vollste Berücksichtigung der Rechte der Einzelstaaten verlangen. Recht muß Recht bleiben! Redner tritt sodann angesichts der kommenden Wahlen für größere Sicherheit des geheimen Wahlrechts ein und verlangt Anwesenheitsgelder für die Reichstagsabgeordneten. Weiter verlangt Redner Maßnahmen gegen das Duellunwesen und befürwortet den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung und nachdrückliche Hilfe für die Landwirtschaft. Aber auch der religiöse Friede müßte aufrecht erhalten werden, alle die, die zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030120011/fragment/page=0001

Kreuze beteten, müßten zusammenstehen zum gemeinsamen Kampfe gegen subversive Mächte, alle Reste der Kulturkampf-Gesetze müßten aufgehoben, der Stachel des Jesuitengesetzes müßte beseitigt werden, unter dem Millionen so lange gelenkt hätten. (Beifall im Zentr.)

Reichskanzler Graf **von Bülow**: Die Art und Weise, in der der Vorredner den Kaiser erwähnt hat, nötigt mich zu einer Erwiderung: Nach der Verfassung bin ich verantwortlich für alle kaiserlichen Entschließungen, die der Gegenzeichnung bedürfen. Diese Gegenzeichnung erstreckt sich nur auf Anordnungen und Verfügungen, die sich auf Regierungshandlungen beziehen, nicht aber auf persönliche Kundgebungen des Kaisers. (Zustimmung rechts.) Die Erlasse des Kaisers Friedrich über sein Regierungsprogramm und die des jetzigen Kaisers im Jahre 1890 sind demnach nicht kontrasigniert. Der Reichskanzler hat bei persönlichen Kundgebungen des Kaisers höchstens eine moralische Verantwortlichkeit, diese folgt aus der Natur der Institution des Kanzlers und der Tradition. Kein Kanzler könnte im Amte bleiben, wenn er dies nicht täte. Aber dem Kaiser bleibt doch immer sein Recht der persönlichen Initiative, des wird selbst Herr Schädler zugeben, der doch nie als Lesetreter aufgetreten ist. Nie werde ich es ablehnen, die Verantwortlichkeit zu übernehmen für die Rückwirkung, die kaiserliche Privatäußerungen auf den Gang der Politik haben. Darum aber bandelt es sich bei der Depesche eben nicht, es war nur eine persönliche Angelegenheit beider Fürsten. (Lachen bei den Soz.) Das Wolffsche Telegraphenbureau ist keine Staatsanstalt, keine amtliche Anzeigestelle, das ist nur der „Reichsanzeiger" und der hat das Telegramm nicht erwähnt. Von einer Trübung des freundschaftlichen Verhältnisses mit Bayern, von dem Herr Schädler sprach, ist mir nichts bekannt. Der Prinzregent hat das Telegramm nicht mißverstanden, er ist doch noch zuständiger als Herr Schädler. (Lachen links.) Der edle und hochsinnige Prinzregent wußte sehr wohl, daß es sich nur um eine persönliche Kundgebung des Kaisers handelte und daß dem Kaiser jede Einmischung in die Rechte Bayerns vollständig fern lag. Der Kaiser ist davon durchdrungen, daß nur auf der Achtung vor den Rechten der Bundesstaaten die gedeihliche Entwicklung des Reiches beruht. Darum kann ich nur meinem tiefsten Bedauern über die Rede des Abg. Schädler Ausdruck geben. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **von Stolberg** (kons., bei der Unruhe des Hauses schwer verständlich): Der Abg. Schädler hat ganz recht, daß durch Etatsüberschreitungen das Budgetrecht des Reichstags geschmälert würde. Wir stehen den Ueberschreitungen machtlos gegenüber, wir müssen sie bewilligen. Doch wird die Neigung des Reichstages zu Neubewilligungen durch solche Ueberschreitungen jedenfalls nicht gestärkt. Ich möchte vorschlagen, daß nicht zu viele Etatskapitel in diesem Jahre an die Budgetkommission verwiesen werden, sonst werden wir in diesem Jahre nicht fertig mit dem Etat. Das Reichsmarineamt braucht ein neues Gebäude, doch werden wir prüfen müssen, ob nicht ein besserer und billigerer Platz zu haben war. Ich will meine Freunde bei dieser Position in keiner Weise binden. Die Hauptfragen sind, wie soll das Defizit gedeckt werden und wie denkt man sich die fernere Entwicklung unseres Etats. Im Vorjahre konnten wir den Etat ohne Zuschußanleihe bilanzieren, aber nur in einer Weise, die einer Verschleierung nicht unähnlich sah. So werden wir in diesem Jahre nicht operieren können. Es hat viel für sich, daß das ganze Defizit auf die Matrikularbeiträge abgewälzt wird. Dadurch würden einmal die Bundesstaaten zur Sparsamkeit ermahnt und zweitens würde der Bundesrat veranlaßt werden, den neuen Zolltarif bald in Kraft treten zu lassen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß solche Maßnahmen sehr ungleich auf die Bundesstaaten wirken würden. Preußen würde die Erhöhung wohl tragen können, andere Bundesstaaten nicht. Meine Freunde werden daher diese Frage in ernsthafte Erwägung ziehen. Die wirtschaftliche Depression dauert noch fort und wird von selbst nicht vorübergehen. Das gegen erwarte ich die günstigsten Wirkungen von der baldigen Inkraftsetzung des Zolltarifs. Wenn dies geschieht, wird der neue Etat ohne Anleihe bilanzieren. Sollte diese Hoffnung mich täuschen, so müssen wir neue Steuern haben. In der bisherigen Weise kann jedenfalls nicht weiter gearbeitet werden.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt:

Abg. Dr. **Schädler**: Ich verstehe nicht, weshalb der Reichskanzler sein Bedauern über meine Rede ausgedrückt hat. Wenn er mein Stenogramm durchliest, wird er sehen, daß zu einem solchen Ausdruck des Bedauerns absolut keine Veranlassung vorlag.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.) Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 19. Januar. 11 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt.

Am Ministertische: Graf Bülow, Frhr. v. Rheinbaben, Schönstedt, Frhr. v. Hammerstein, Studt u. a.

Das Haus beginnt die erste Beratung des Staatshaushaltsetats.

Abg. Fritzen-Velken (Ztr.): Der Finanzminister hat in seiner Etatsrede auch die notleidende Lage der Landwirtschaft erwähnt. Es hat mich gewundert, daß er hierbei nicht vom Zolltarif gesprochen hat. Wir haben im Reichstag den Zolltarif in der Form, wie er verabschiedet worden ist, angenommen, weil wir der Ansicht sind, daß man das Erreichbare nehmen soll. Auch hier gilt der Satz: Das Bessere ist der Feind des Guten. Man wird sich später überzeugen, daß der Zolltarif sehr gute Wirkungen ausüben wird, namentlich, da jetzt auch die Industrie immer noch daniederliegt. Es ist ein niederdrückendes Gefühl, daß die Kaufkraft auf dem inländischen Markte so sehr gesunken ist. Diese wieder zu heben muß unsere Aufgabe sein. Leider macht der neue Etat die Aufnahme einer Anleihe zur Deckung des Defizits notwendig. Trotzdem ist das Extraordinarium im neuen Etat wieder sehr hoch ausgestattet. Wir können das tun, da die Finanzlage Preußens immer noch eine nicht ungünstige ist, während das Reich viel schlechter gestellt ist. (Prinz Heinrich von Preußen erscheint in der Hofloge. Präsident v. Kröcher läßt sich vom Vicepräsidenten Frhrn. v. Heereman ablösen und begibt sich sodann in die Hofloge, um den Prinzen zu begrüßen.) Preußen hat in der Einkommensteuer, der Ergänzungssteuer und der Erbschaftssteuer sichere Einnahmequellen. Auch in schlechten Jahren sterben ebenso viel Leute, wie in guten Jahren. Die Eisenbahneinnahmen dagegen sind schwankend. Darum ist es kein Wunder, wenn der Minister darauf sinnt, hier eine größere Stabilität zu schaffen. Der Gedanke des Ausgleichsfonds ist mir sehr sympathisch, indessen haben meine politischen Freunde darüber noch keinen Beschluß gefaßt. Zu einer allgemeinen Finanzreform wäre allerdings der gegenwärtige Zeitpunkt sehr ungeeignet. Redner wendet sich jetzt den einzelnen Etats zu. Der Justizetat weist verhältnismäßig hohe Einnahmen auf, darum hat dieser Etat ein Anrecht auf besondere Berücksichtigung. Namentlich müssen noch mehr neue Justizgebäude errichtet werden. Die Position für ein kgl. Residenzschloß in Posen im Etat des Finanzministeriums werden meine Freunde wohl nicht bewilligen. Ein warnendes Beispiel ist das Residenzschloß in Straßburg, das das ganze Jahr leer steht. Wir begegnen überhaupt allen Positionen, die gegen die Polen gerichtet sind, mit großem Mißtrauen, namentlich gilt das von den vorgeschlagenen Beamtenzulagen. Solche Zulage würde ich nur bewilligen können, wenn sie als dauernde feste Beamtenzulage gedacht ist. So aber werden die Beamten zu reinen Maschinen gemacht, die nicht geeignet sind, als Kulturträger zu wirken. Wir sind nicht gegen die Polenpolitik aus Liebe zu den Polen, sondern weil sie eine Preußen schädliche und ungerechte Politik ist. Ein Schuldotationsgesetz müssen wir verlangen, wenn nun einmal ein allgemeines Schulgesetz noch nicht eingebracht werden soll. Hoffentlich wird uns in der nächsten Session ein solches Dotationsgesetz vorgelegt werden. Redner bringt sodann wieder Klagen vor über angeblich ungerechte Behandlung der katholischen Krankenschwestern und tadelt die Schulpolitik in den zweisprachigen Provinzen. Um zu einem dauernden Frieden zu gelangen, muß hier Wandel geschaffen werden.

Ministerpräsident Graf **Bülow**: Ich muß die Positionen zur Stärkung des Deutschtums im Osten einmal im Zusammenhang beleuchten. Ich habe in einer früheren Rede schon dargelegt, was im Interesse des Deutschtums geschehen müsse. In Ausführung des damals von mir entwickelten Programms gehen wir jetzt vor. Die politische Frage ist die wichtigste Frage unserer inneren Politik und bedarf fortgesetzt unserer dringenden Aufmerksamkeit. (Beifall.) Die Organisation der Ansiedlungskommission soll jetzt geändert werden, wahrscheinlich in der Weise, daß in jeder der beiden Provinzen eine eigene Ansiedlungskommission mit dem Präsidenten der Provinz an der Spitze gebildet wird. Sobald die Erwägungen abgeschlossen sind, werden wir dem Hause unsere Entschließungen mitteilen, damit die Neuorganisation schon am 1. April in Kraft treten kann. Die im Etat vorgesehenen Stellenzulagen sollen als Prämien dienen für die schwierige Stellung der Beamten. Von diesen muß erwartet werden, daß sie unter keinen Umständen das Vertrauen erschüttern, das die Regierung in sie setzt. Geschieht es doch, so muß ein solcher Beamter von dort entfernt werden. Wir hoffen, dort einen tüchtigen Stamm von Beamten zu bekommen und namentlich den bedauerlichen Mangel an Elementarlehrern zu beseitigen. Redner zählt sodann die anderen Positionen zu Gunsten des Deutschtums auf und bemerkt: Wir haben schon jetzt in mehrere kleine Städte Garnisonen gelegt und wir werden in der demnächst kommenden Sekundärbahnvorlage 34 Millionen für Eisenbahnlinien in Westpreußen und Posen fordern (Beifall), da auch das im Interesse des Deutschtums liegt. Sodann soll, wie bekannt, eine Reihe neuer Schulbauten und Seminare errichtet werden. Hoffentlich werden die Positionen, die jetzt in den Etat eingestellt sind, unseren Landsleuten im Osten den Mut beleben. Für uns kann es kein Rückwärts und kein Schwanken geben. Wir werden auf dem beschrittenen Wege ohne Gehässigkeit, aber auch ohne Schwäche und vor allem ohne Schwanken weiterschreiten, damit die Provinzen Westpreußen und Posen immer gut preußisch, immer gut deutsch bleiben (Beifall).

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) (bei der Unruhe des Hauses fast unverständlich) verbreitet sich zunächst über die Finanzlage der Monarchie. Ueberaus notwendig ist eine äußerst sparsame Wirtschaft. Besonders beim Eisenbahnetat gibt das tiefige Verhältnis des Betriebskoeffizienten zu besorgtesten Ansicht. Ganz verfehlt würde es sein, wenn man mit einer Herabsetzung der Eisenbahnpersonentarife jetzt gar beginnen würde. Es scheinen nach dieser Richtung Neigungen vorhanden zu sein, die aber energisch unterdrückt werden müssen. Die Regierung braucht Geld, denn sie hat große Aufgaben zu erfüllen. Eine der vornehmsten muß sein die Erhaltung unseres Handwerkerstandes, Alle darauf abzielenden Maßregeln sind unserer Unterstützung gewiß. Die solide Handwerkerschaft ist vor allem geeignet, Trägerin einer monarchischen und wahrhaft religiösen Weltanschauung zu sein. Sie bildet das festeste Bollwerk gegen Umsturzbestrebungen aller Art. Es ist die Pflicht jedes monarchisch Gesinnten, für unseren Handwerkerstand sich einzusetzen. Und ich hoffe, daß die Staatsregierung es in dieser Hinsicht an der nötigen Umsicht nicht fehlen lassen wird. Wir müssen energisch auftreten gegen alle, die an den Thronen unserer Monarchie zu rütteln wagen. Die gegen die Agitation des Polentums gerichteten Maßnahmen, die der Herr Ministerpräsident angekündigt hat, sind daher ganz nach unserem Sinne. Namentlich billigen wir auch die Errichtung eines königlichen Schlosses in Posen. Nur bedarf es auch hier ruhiger, leidenschaftsloser Ueberlegung. Wir erklären, daß wir gegen jede Vermischung dieser nationalen Aktion mit irgend welchem religiösen Hader auf das entschiedenste Verwahrung einlegen. Auf keinen Fall darf mit dem Kampf gegen das Polentum auch ein Kampf gegen die katholische Kirche geführt werden. Die Kirche steht außerhalb aller nationalen Gegensätze, die Achtung vor der Kirche darf nie aus den Augen gelassen werden. Die Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken ist uns Pflicht; der konfessionelle Streit soll aber nicht geschürt werden. Das Werk der Ansiedelung in den polnisch sprechenden Landesteilen ist eine nationale Aufgabe vornehmster Art. Indessen, auch hier muß man sich stetig des einen bewußt sein: Alles, was wir für nationale und kulturelle Zwecke tun, bleibt unfruchtbar, wenn wir nicht das Wohl der Landwirtschaft in erster Linie im Auge behalten. Die Landwirtschaft ist das Fundament des nationalen Staates, der Grund- und Eckpfeiler der deutschen Kultur. Die Landwirtschaft stärken heißt das Deutschtum stärken. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Graf **v. Bülow**: Ich spreche meine Genugtuung darüber aus, daß der Herr Vorredner sich für den von uns vorgeschlagenen Bau eines königlichen Residenzschlosses in Posen ausgesprochen hat. Der Abg. Fritzen hat vorhin eine Parallele gezogen zwischen Straßburg und Posen. Ich gebe dem Abg. Fritzen vollkommen zu, daß zwischen den Verhältnissen in unserer Westmark und unserer Ostmark eine gewisse, eine sogar große Aehnlichkeit besteht, denn hier wie dort haben wir die Pflicht, das Deutschtum mit allen gesetzlichen Mitteln zu fördern. Ich muß ihm aber darin widersprechen, wenn er sagt, daß das Residenzschloß in Straßburg keine direkten Vorteile für die Stärkung des Deutschtums gebracht hat, denn ich weiß aus eigener Anschauung, ich weiß von vielen Gesprächen der Weiß-Lothringer Verhältnisse, daß gerade das Residenzschloß in Straßburg und die dadurch bedingte und mögliche häufige Anwesenheit des Kaisers in dem Reichslande, das persönliche Band, das dadurch hergestellt ist zwischen dem Kaiser und Elsaß-Lothringen, wesentlich beigetragen hat zu der, ich kann sagen glücklich fortschreitenden Verschmelzung zwischen dem Reichsland und dem Deutschen Reich. Deshalb hoffe ich, daß die Mehrheit dieses Hauses uns auch die Mittel nicht versagen wird zum Bau einer Residenz in Posen, die nicht nur sein soll ein äußeres Wahrzeichen des Deutschtums jener Provinz und ihrer Zugehörigkeit zur preußischen Monarchie, sondern die auch dem König und Kaiser die Gelegenheit geben soll, regelmäßig gerade in der Provinz Posen zu residieren und gerade dieser Provinz Zeichen seines persönlichen Interesses und seiner persönlichen Fürsorge zu geben.

Und nun noch einen Punkt, den der Vorredner nicht berührt hat. Dem hohen Hause sind die Gründe nicht bekannt, aus welchen die Regierung es ablehnen muß, hier materiell einzugehen auf Angelegenheiten, die nach Ansicht der Regierung nicht vor das Forum dieses hohen Hauses gehören. Die Regierung muß ihrerseits darauf verzichten. Das eine aber muß ich gegenüber dem Grafen Limburg-Stirum mit großer Entschiedenheit betonen: die Regierung ist bei der Aufstellung des Zolltarifs bestrebt gewesen, den Interessen der Landwirtschaft soweit als möglich entgegenzukommen. Die Regierung ist ohne Ausnahme davon überzeugt, daß der Tarif erhebliche Vorteile für die Landwirtschaft bietet und die Regierung wird bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen nicht bloß mit Worten, sondern auch mit der Tat bestrebt sein, die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen. (Beifall.)

Abg. **Roesle** (nl.): Ich muß auf die Haltung der Nationalliberalen beim Zolltarif eingehen; ich erkläre, daß die nationalliberale Fraktion des Landtages vollständig einverstanden ist mit der Haltung der Nationalliberalen im Reichstag. Wir sind der Ansicht, daß mit diesem Zolltarif günstige Handelsverträge erzielt werden können. Unsere Freunde im Reichstag sind den großen Traditionen ihrer Partei treu geblieben und können, unbekümmert um die Angriffe von rechts und links, fortzu darauf sein, daß sie durch ihr Vorgehen ein nationales Werk zustande gebracht haben. Von der Reichstagssache geht Redner sodann über zu dem preußischen Etat. Der einzige dunkle Punkt in unserer finanziellen Lage ist unser Verhältnis zum Reiche. Hier muß eine reinliche Scheidung stattfinden. Ich bedaure, daß bei der Schaffung einer durchgehenden Reform die Herren vom Zentrum auch diesmal wieder versagen werden, wie ich aus der Rede des Herrn Kollegen Fritzen heute entnommen habe. Der Ausgleich-Fonds, den er befürwortet hat, stellt keine ernste Maßregel dar, da er sehr bald aufgebraucht sein würde. Die sinkende Tendenz der Eisenbahneinnahmen flößt uns Bedenken ein. Wir fordern eine schärfere Trennung von Eisenbahnetat und allgemeiner Finanzverwaltung. Was den angekündigten Eisenbahnausgleich-Fonds anlangt, so behalten wir unsere Stellungnahme vor bis zur Einbringung der betr. Vorlage. Wenn der Herr Finanzminister freilich sagt, die Eisenbahn sei sein Schmerzenskind, so können wir nur wünschen, daß er mehr solcher Schmerzenskinder hätte. (Sehr richtig!) Das Staatsbahnwesen hat sich dank dem kaufmännischen Geschick des Herrn von Thielen ausgezeichnet entwickelt. Jetzt soll man aber wieder an die volkswirtschaftlichen Aufgaben des Eisenbahnwesens denken und dieses nicht nur immer als milchende Kuh ansehen. Redner bespricht sodann die Reform der Landeslotterie, die derselben ihren spielbankartigen Charakter etwas nehme. Das beste wäre, daß alle Landeslotterien zu Gunsten einer Reichslotterie verschwänden, damit auch dieser häßliche Fleck auf dem Bilde deutscher Einheit endlich weggewischt werde. Beim Kultusetat bemängelt Redner den gedachten Posten „Generalinspektor für Reformschulen". Das Wort „Generalinspektor" sei nicht gerade sehr glücklich gewählt. Hoffentlich sei der Herr Generalinspekter nicht dazu berufen, der evrenlichen Bewegung der Reformschulen, die sich bis dahin in einer gewissen Freiheit vollzogen, irgendwie Einhalt zu gebieten. Redner erwähnt sodann den Trakehner Prozeß, der bewiesen habe, daß die staatlichen Schulen leider noch nicht durchweg Musterschulen seien. Er wünscht ferner, daß der Staat sich auch etwas um das Wohnungswesen kümmern möge. Die Forderungen zur Bekämpfung des Polentums werden seine Freunde mit Wohlwollen prüfen. Die Kanalvorlage scheine auch diesmal nicht wieder eingebracht zu werden. Die Wähler hätten ein Recht, zu verlangen, daß die Entscheidung über eine so wichtige politische Vorlage noch vor den Wahlen erfolge. Auch aus taktischen Gründen empfehle sich die Einbringung der Vorlage; die Industrie würde dadurch Vorteil haben, Tausende von Arbeitern würden Beschäftigung finden, ganz abgesehen davon, daß der innere Verkehr sich dadurch heben würde. Nach den früheren bündigen Erklärungen der Regierung hoffe er, daß das Wort „Gebahnt wird er doch" zur Wahrheit werde. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.): Zu einer pessimistischen Auffassung unserer Finanzlage liege kein Grund vor, das Defizit ist nur ein Kassendefizit. Wären die Extraordinarien nicht so hoch bedient, so würde auch das Defizit kein so hohes sein. Auch die Ausgaben des Reiches würden nicht so kolossal gewachsen sein, wenn nicht so hohe Anforderungen für Kolonien, Heer und Marine gestellt wären. Einer Reichsfinanzreform, die auf die Vermehrung der indirekten Steuern hinausliefe, können meine Freunde nicht zustimmen. Die Schwankungen in den Eisenbahneinnahmen sind etwas ganz Selbstverständliches. Mit dem Moment, wo die Eisenbahnen verstaatlicht wurden, mußte man sich auch auf Schwankungen gefaßt machen. Die Idee des Ausgleichsfonds ist uns unsympathisch; eine definitive Stellungnahme dazu behalte ich mir vor, bis wir die Eingestellten kennen. Prinzipiell aber erhebe ich Einspruch gegen die Schaffung immer neuer Dispositionsfonds. Die Vorbedingung für die Sanierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist der baldige Abschluß guter Handelsverträge. Der Finanzminister mahnte zur Sparsamkeit. Gewiß, auch aus diesem Hause ist auf Mehrausgaben gedrängt worden, aber das ist nur ein Beweis dafür, daß für Kulturaufgaben bisher nicht genug ausgeworfen war. Daß die Gehaltsaufbesserung der Beamten abgeschlossen sein soll, bedauere ich, denn es bestehen noch zahlreiche Ungleichheiten und Härten; vor allem ist die Reform des Wohnungsgeldzuschusses notwendig. Was die Einzeletats betrifft, so werden wir uns den Reformplan der Lotterie genau ansehen, ehe wir ihm zustimmen. Der Eisenbahnetat beweist, daß der neue Minister nicht gewillt ist, in allem seinen Vorgängern zu folgen. Wir erkennen die Verdienste des Ministers v. Thielen an, bedauern aber, daß er dem Finanzminister nicht energisch genug Widerstand leisten konnte. Hoffentlich wird das jetzt anders. Zur Gegenwehr zu Gruß Einbrung, der eine Erhöhung der Personentarife empfohl, möchte ich für eine Herabsetzung der Personen- und Gütertarife plädieren. Zu neuen Eisenbahnverstaatlichungen ist die gegenwärtige Zeitlage nicht geeignet. Entscheidend für neue Verstaatlichungen darf aber nur das Verkehrsinteresse sein, nicht etwa, wie bei der Verstaatlichung der ostpreußischen Südbahn, das landwirtschaftliche Interesse. Zu Bezug auf die Kanalvorlage unterschreibe ich das, was der Abg. Roesle gesagt hat, vollkommen. Im vorigen Jahre wurde doch wenigstens in Aussicht gestellt, daß etwas geschieht, heute herrscht beredtes Schweigen auf der ganzen Linie. Brechen Sie dies rätselhafte Schweigen, sagen Sie dem Lande, wie es mit der Kanalvorlage steht! Herr v. Podbielski will sein geringschätziges Bedwort nicht auf den Mittellandkanal, sondern auf den masurischen Kanal angewandt haben, aber auch dieser Kanal ist von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Klagen über die Not der Landwirtschaft werden auch in diesem Jahre nicht verstummen. Aus den Domänenverpachtungen auf die Lage der Landwirtschaft zu schließen, ist meiner Ansicht nach falsch. Daß die Lage der Landwirtschaft schwierig ist, wird ja niemand bestreiten (Aha! rechts), aber man hüte sich vor Uebertreibungen. Einspruch erheben wir gegen den Fonds zu Prämien für Pferdezüchtern. Die Zustände, die der Prozeß in Trakehnen enthüllt hat, sind unwürdig eines Kulturstaates, der Preußen doch sein will. Ich hoffe, daß die Verwaltung energisch vorgehen wird, um die Mißstände auf diesem Gebiete zu beseitigen. Ich bedauere, daß für die Neueinstellung von Schulinspektoren nichts im Etat vorgesehen ist. Ob dagegen eine Aufwendung zur Beförderung des Rudersports in den höchsten Lehranstalten sich empfiehlt, darüber wollen wir noch in der Kommission sprechen. Erwünscht wäre eine Auskunft darüber, wie es mit der Ablösung der Patronatslasten steht. Zum Etat des Ministeriums des Innern übergehend, verbreitet sich Redner ein wenig über die vielfachen polizeilichen Mißgriffe, die ihren Grund darin haben, daß minderwertiges Beamtenpersonal eingestellt wurde. Es muß den niederen Polizeiorganen Respekt vor den bürgerlichen Freiheit eingeschärft werden. Dringend einer Reform bedürftig ist die Art, wie die Landtagswahlen jetzt vor sich gehen, da bei den nächsten Landtagswahlen eine Beteiligung der Sozialdemokraten erfolgt, die mit einer Art Obstruktion bei den Wahlen gedroht habe. Vor allem tut not eine gerechtere Einteilung der Landtagswahlkreise. Bei der Germanisierung der gemischtsprachigen Landesteile ist eine gewisse Vorsicht zu bewahren. Besondere Zulagen für die dortigen Beamten und Lehrer sind weder gerechtfertigt noch zweckmäßig und aus mannigfachen Gründen recht bedenklich. Wir haben nichts gegen erhöhte Mehraufwendungen für Kulturzwecke, nur scheinen sie hier nicht recht am Platze zu sein. Sehr skeptisch stehen wir dem Versuch gegenüber, durch Belegung der Städte des Ostens mit Garnisonen die Germanisierung befördern zu wollen. Auch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030120011/fragment/page=0002

der Plan der Königlichen Residenz in Posen will uns nicht recht einleuchten. Die Erfahrungen, die in Straßburg gemacht worden sind, sollten zu großer Vorsicht mahnen. Das Deutschtum soll gefördert werden, aber nicht Atavismus und Hakatismus. — Das Ausbleiben der Kanalvorlage ist bezeichnend für den Ruin der inneren Politik: die Regierung hat vor den Agrariern kapituliert, landabiliter se subjecit. Die Organe der Regierung haben sich in den Dienst der konservativen Partei gestellt: das zeigt Greifswald-Grimmen, das zeigt Rastenburg, wo der Landrat Verordnungen erließ, wie die konservativen Flugblätter verteilt werden sollen. Das Gegenstück bildet die Nichtbestätigung liberaler Männer in der kommunalen Verwaltung. Wir wollen nicht, daß derartige Eingriffe in die Selbstverwaltung erfolgen. Es ist die Frage zu erörtern, ob das Bestätigungsrecht der Krone nicht überhaupt einer Einschränkung bedarf. In Baden geht es auch ohne Bestätigung. Das liberale Bürgertum will keine Bevorzugung, sondern nur gleiches Recht und den ihm zukommenden Platz an der Sonne. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. von Zedlitz-Neukirch (freikons.): In einer Zeit, in der die finanzielle Fundamentierung des Staatswesens nicht besonders gut steht, kann eine verständige Regierung nicht mit einer Vorlage an dieses hohe Haus kommen, die so große Anforderungen stellt, wie eine Kanalvorlage. Dies Herrn Noelle zur Antwort. Die Kanalvorlage ist keine Frage politischer Natur; nur wirtschaftliche Gesichtspunkte dürfen da in Frage kommen. Die Einnahmen des Etats bieten das Bild eines recht knappen Jahres. Trotzdem sind überall die dauernden Ausgaben erheblich vermehrt worden. Aus den Zöllen fließen dem Reich Einnahmen zu, die den Steuerzahler nicht im geringsten belasten. Das Wort von der Mehrbelastung des Volkes durch die Zölle ist nur ein Schlagwort. Man vergißt ganz die Herabsetzung der Zuckersteuer. Dadurch ist der Konsum der Bevölkerung ganz erheblich entlastet worden. Was die Ausgaben des Etats betrifft, so sind die einmaligen Ausgaben so hoch bemessen wie kaum in den guten Jahren. Der Errichtung eines Ausgleichsfonds kann ich grundsätzlich nur zustimmen; es kommt aber nicht nur darauf an, die Eisenbahnen vor Schwankungen in der allgemeinen Finanzlage zu wahren, sondern auch darauf, die allgemeinen Finanzen sicher zu stellen gegen Schwankungen im Eisenbahnetat. Die Kulturausgaben dürfen unter der vorübergehenden Finanzklemme nicht leiden. Die Lage der Landwirtschaft ist nach wie vor eine mißliche; ich bedaure, daß es nicht möglich war, ihr den Zollschutz zu gewähren, den die Mehrheit des Reichstages für notwendig hielt, gebe aber zu, daß der neue Zolltarif einen erheblichen Fortschritt bedeutet. (Sehr richtig!) Durch langfristige Handelsverträge wird die Lage der Industrie erheblich gebessert werden. Solche langfristige Handelsverträge liegen gleichzeitig im Interesse der Landwirtschaft, durch sie wird das Vertrauen der Landwirtschaft zur Regierung wiederhergestellt werden. (Sehr richtig! rechts.) Mit Freude erfüllen mich die Forderungen für die Gendarmerie. Daß hie und da polizeiliche Mißgriffe vorkommen, wird sich niemals ändern lassen. Die Bestätigung oder Nichtbestätigung von Kommunalbeamten erfolgt nicht einseitig durch die Regierung, sondern nur unter Zustimmung der Bezirksausschüsse. Eine Einschränkung des Bestätigungsrechts wäre ein schwerer Fehler angesichts des Strebens der Sozialdemokraten, in die städtischen Verwaltungen einzudringen und angesichts der Thatsache, daß der Liberalismus diesen Bestrebungen gegenüber so schwach ist, daß er Herrn Singer in Berlin in die Schuldeputation wählen konnte. Notwendig ist ein Schuldotationsgesetz sowie Maßnahmen zur Förderung des Handwerks. Der Abg. Wiemer sprach von einem Zurückweichen der Regierung vor den Sozialdemokraten. Nein, um ein Zurückweichen handelt es sich nicht. Die bürgerlichen Parteien sollten überhaupt mehr das Einigende im Kampfe gegen die Sozialdemokratie in den Vordergrund stellen, damit das Vertrauen zur Regierung überall im Lande wiederhergestellt wird. (Beifall rechts.)

Abg. Ehlers (fr. Vg.): Zu größeren Erörterungen dürfen nur die Ausführungen für die Polenpolitik Veranlassung geben. Auch wir wollen, daß die Provinzen Westpreußen und Posen deutsch bleiben, es fragt sich aber, ob die Mittel, die man anwendet, die richtigen sind. Und da erkläre ich, daß wir uns eine Kritik dieser Mittel nicht verbieten lassen. Uns ist es mit dem Kampf gegen die Polen ernst; meine Freunde haben sogar agrarisch-konservative deutsche Kandidaten gegen die Polen unterstützt, aber mir ist kein Fall bekannt, wo Konservative einen Liberalen gegen die Polen unterstützt haben. Die Absicht, die Lehrer im Osten für treue Pflichterfüllung zu belohnen, wäre ein ungemein gefährlicher Schritt. (Sehr richtig! links). Man gebe den Lehrern eine ständige Zulage, nehme aber von dem Prämienfystem Abstand. Welchen Erfolg eine kaiserliche Pfalz in Posen haben soll, vermag ich nicht einzusehen. Die heutige Verhandlung hat mich enttäuscht, ich hätte gern erfahren, wie sich die Regierung zu den Mehrheitsparteien des Hauses, den Konservativen, dem Zentrum, den Nationalliberalen und à la suite desselben der freisinnigen Volkspartei, stellt. Leider hüllt sich die Regierung in Schweigen. Auch über die Kanalvorlage sagt sie uns nichts. Der Kanal hat für mich nur eine rein persönliche Bedeutung. Der Finanzminister sagte mir im vorigen Jahre, ich würde noch so lange leben, bis der Kanal gebaut wird, und ich setze darauf große Hoffnungen. (Heiterkeit.) Ich erwarte, daß die Regierung uns wenigstens morgen erklärt, ob sie gewillt ist, die innere Politik auch fernerhin mit den Konservativen und dem Zentrum zu betreiben. (Beifall links.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Zum Gefechte des „Panthers".

Amtliche Nachrichten von deutscher Seite über das Gefecht des „Panther" mit dem Fort San Carlos stehen noch aus. Castro erhielt eine Depesche von dem Kommandeur von Maracaibo des Inhalts, daß das deutsche Kanonenboot „Panther" am Sonnabend nachmittag das Fort San Carlos eine Stunde lang beschossen habe, ohne Schaden anzurichten. Der „Panther" habe versucht, sich die Einfahrt in den Hafen zu erzwingen, um ein venezolanisches Kanonenboot (die „Miranda", die hinter der Barre Schutz gefunden) wegzunehmen.

Nach einem Telegramm aus Maracaibo erklärte der Kommandeur der venezolanischen Festung San Carlos angeblich, er sek vom „Panther" ohne Provokation, sowie ohne irgend welche vorherige Notifizierung und ohne ein Ultimatum angegriffen worden. Drei seiner Leute wurden verwundet. Das Fort feuerte mit vier Geschützen.

Ferner wird der „Frankf. Ztg." aus New York gemeldet: Nach Berichten aus Caracas haben seit dem Kampfe zwischen dem Kanonenboot „Panther" und dem Fort San Carlos bei Maracaibo mehrere Explosionen an Bord des „Panthers" stattgefunden. Zwei Personen sollen getötet sein. General Bello, der das Kommando auf dem Fort San Carlos führt, ist der Held des Tages in Venezuela, da der Ausgang des Bombardements als ein großer Sieg betrachtet wird. Der General erklärte, das deutsche Feuer sei völlig wirkungslos gewesen, während der „Panther" derart beschädigt wurde, daß er den Kampf nicht fortsetzen konnte. Der „Panther" ist anscheinend nach Curacao abgegangen. Die Bevölkerung von Caracas veranstaltet infolge der Affäre Umzüge. Niemand versteht, aus welchem Grunde die Deutschen vorgingen. Nach einer Meldung des „New York Herald" war die Aktion schon vor einer Woche beschlossen worden, und zwar auf eine Ordre von Berlin hin, daß ein Angriff erfolgen müsse, bevor der amerikanische Gesandte in Washington eintreffe. (?)

Zu den Kämpfen in Marokko.

Nach einer Meldung aus Tanger brachten die Truppen des Sultans den Anhängern des Prätendenten in der Nachbarschaft des Hyaina-Stammes eine schwere Niederlage bei.

Oesterreich-Ungarn.

Ungefähr 2900 Schneidergesellen haben am Montag in Wien die Arbeit niedergelegt.

Griechenland.

Der Deutsche Kaiser hat dem Könige den bevorstehenden Besuch des deutschen Kronprinzen in Athen zugesagt lassen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Halle.

Montag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Regierungsrat Professor Dr. Dittenberger, Kommerzienrat Steckner, Maurermeister Hildebrandt und Baumeister Gygas.

Wieder vorgelegt wird eine Eingabe des Gastwirte-Vereins von Halle und Umgegend, die sich gegen eine etwa beabsichtigte Subventionierung des Zoologischen Gartens wendet. Herr Oberbürgermeister Staude führt dazu aus, der Magistrat habe eine Vorlage ausgearbeitet, die in Kürze dem Kollegium zugehen soll; es handle sich dabei nicht um eine Unterstützung, sondern lediglich um einen Vertrag. Weiter wird eine Petition des 5. kommunalen Wahlvereins von neuem vorgelegt, worin der Verein um Berücksichtigung der sehr im Argen liegenden Umgebung des Gesundbrunnens bittet. Die Eingabe wird auf 4 Wochen zurückgeschrieben. Und schließlich ist noch eine Einladung zum Festessen zu Kaisers Geburtstag im Stadtschützenhaus eingegangen.

Danach tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

1. Die Rechnung der Gottesackerkasse für 1900 wird entlastet, (Ref. Stadtv. Apelt),

2. desgleichen die Rechnung des Erweiterungsbaues der Wassergewinnungsanlage in Wersen. Der Referent Hr. Stv. Knabe bemerkt dazu, daß 43,780 M. weniger gebraucht seien, als im Voranschlag stand. Man habe von vornherein mit einer Summe von 555,000 M. gerechnet, gebraucht seien aber nur ca. 521,000 M., — es seien 140 Morgen Wiesen erworben worden zum Einheitspreise von 2521 M.

3. Der von der Versammlung in einem früheren Beschluß gewünschte Nachweis über Ueberschreitungen bei der Beschäftigung diätarischer Hilfskräfte des Hochbau- und Ingenieurbureaus werden vorgelegt. (Ref.: die Herren Stv. Giese und Richter) Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

4. Die Abortanlage für die Arbeiterkaserne des Gutes Gimritz entspricht nicht den polizeilichen Anforderungen, die Versammlung genehmigt darum den Umbau des Abortgebäudes und bewilligt dazu 790 M. (Ref.: Herren Stv. Giese und Schmidt.)

5. Die Zinsen des Kaufmann Eduard Beyerschen Legats werden dem Verein für Kinderhorte überwiesen. (Ref.: Herr Stv. Hofmeister.)

6. Die unter XIII, B. 1. 2 im Haushaltsplane für die Unterhaltung der Heizungsanlagen, Maschinen und Apparate vorgesehenen Mittel in Höhe von 8000 M. sind nahezu aufgebraucht. Größere Ausgaben auf diesen Titel, welche auf den Verbrauch der Mittel von Einfluß gewesen sind, haben beansprucht: a) die Ausbesserung der Oefen im Gymnasium und der Oberrealschule 625 M., b) diejenigen im Friedrich-Realgymnasium 415 M., c) die Ausbesserungen der Dampfkessel im Schulgebäude an der Friesenstraße 435 M., d) diejenigen der Centralheizung in der höheren Mädchenschule 505 M., e) der Badeanstalt der Schule an der Hermannstraße 451 M., zusammen 2431 M. Außer den laufenden kleinen Ausbesserungen sind in den nächsten Ferien verschiedene Ausmauerungen der Feuerungen der Centralheizungen und Ausbesserungen von Oefen in den Schulen auszuführen.

Der Magistrat empfiehlt die Verstärkung des Kredits um 1500 M. à conto des gemeinschaftlichen Dispositionsfonds.

Der Referent der Bankommission Herr Stadtv. Heiser hält 1000 M. für ausreichend und ersucht, nur diesen Betrag zu bewilligen, ein Antrag, dem sich der Referent der Finanzkommission, Hr. Stadtv. Schmidt, anschließt.

Herr Stadtv. Richter bemängelt, daß derartige Sachen gewöhnlich nicht frühzeitig an das Kollegium gelangen, und bittet den Magistrat um Beschleunigung zu ersuchen. Herr Stadtv. Thiele findet die Mehrforderung bei einem Etat von 8000 M. für zu hoch; eine sorgfältigere Geschäftsführung würde eine derartige Nachforderung unmöglich machen. Die aufgeführten Veranlassungen rechtfertigen seiner Meinung nach nicht die Nachforderung. Er beantragt, die betreffenden 2500 Mark auf den neuen Etat zu überweisen und die entsprechende Position statt auf 8000 Mark nur auf 5500 M. festzusetzen, um damit dem Stadtbauamt erkennen zu geben, daß das Kollegium nicht geneigt ist, fort und fort Nachbewilligungen zu bewilligen. Herr Stadtbaurat Genzmer erklärt, der Vorredner befinde sich im Irrtum, wenn er von Nachbewilligungen spreche. Es handle sich nicht um Nachbewilligungen, sondern um Verstärkung einer Position, deren Unzureichlichkeit vom Stadtbauamt rechtzeitig erkannt wird. Der Antrag entspreche durchaus dem Verfahren, das die Versammlung selbst gewünscht; wenn das Stadtbauamt voraussehe, daß irgend eine Position aus gewissen Gründen nicht zureicht, so solle es schleunigst vor Ablauf des betreffenden Etatsjahres mit einem Antrag auf Verstärkung kommen, und das geschehe ganz ordnungsmäßig jetzt, wo man erkannt habe, daß die Kredite nicht zulangen. Hr. Stdtv. Fölsche will, daß jedesmal die maschinentechn. Kommission bei derart umfangreichen Reparaturarbeiten gefragt werde. Hr. Stadtbaurat Genzmer erklärt sich bereit, die Kommission einzuberufen; nur möge man dann nicht erstaunt fragen, was schon geschehen sei, warum denn die Kommission schon wieder in Anspruch genommen werde, bei jeder Lappalie sei das doch nicht nötig. Und vor allem möge Herr Fölsche als Mitglied der Kommission auch dann an den Beratungen teilnehmen und nicht verreist sein. Herr Stadtv. Heiser hält die Mehrforderung für nicht erklärlich; man möge doch bedenken, daß die 8000 M. für Unterhaltung der Heizungsanlagen sich auf ca. 60 städtische Gebäude verteilen. Im vorigen Jahre habe man 10,000 M. dafür aufwenden müssen. Herr Stv. Fölsche meint, es handle sich nicht um Bagatellen, sondern um ansehnliche Beträge, z. B. 451 M. Ob er selbst in der Kommission anwesend sei, wäre gleichgültig, die Hauptsache bleibe, daß auch andere Kommissionsmitglieder den Wunsch haben, zur Begutachtung solcher beträchtlichen Reparaturen herangezogen zu werden. Herr Stadtv. Thiele legt dar, daß sein Antrag lediglich bezwecke, das Bauamt zu veranlassen, daß es die Beamten zur größeren Sorgfalt in der Abschätzung der erforderlichen Ausgaben anhält. Herr Stadtbaurat Genzmer bestreitet ganz entschieden, daß seine Beamten irgendwie ihre Pflicht nicht getan hätten. Wenn die Versammlung denselben Betrag wie im vorjährigen Etat bewilligt hätte, wäre die Verstärkung nicht nötig. Die Versammlung bewilligt 1000 M.

Zum Schluß wurden noch eine Anzahl Haushaltspläne für 1903 erledigt, so der der Gas- und Wasserwerke, der Desinfektionsanstalt, der Mittelschule und der Volksschulen, zu denen wir im Abendblatt noch einiges nachtragen.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

— Wie der „Nat.-Ztg." berichtet wird, ist an Stelle des nach Berlin übersiedelnden Professors Eduard Meyer Professor Ulrich Wilcken aus Würzburg, der früher in Berlin und dann in Breslau tätig war, als Ordinarius für alte Geschichte an die Universität Halle berufen worden.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die „Frankf. Ztg." will von besonderer Seite erfahren haben, von der Kaiserin sei kürzlich der Wunsch geäußert worden, in die für die Hofbühnen angenommenen neuen Stücke vor der Aufführung Einsicht zu nehmen. Die „Frankf. Ztg." ist gröblich getäuscht worden, die die Kaiserin betreffenden Angaben beruhen auf Erfindung.

Provinzialnachrichten.

G. Wettin, 19. Jan. [Eisgang. — Bubenstreich. — Konsumverein.] Infolge des eingetretenen Eisganges ist unsere Pontonbrücke wieder ausgefahren. — Nächste Häuhe haben dieser Tage dem Kohlenhändler Demmer einen Apfelsenbaum abgesägt. — Der Wettiner Konsumverein hatte in dem Geschäftsjahr 1902 einen Warenumsatz von 120,000 M. und zahlt an 360 Mitglieder 18,808,86 M. Dividende aus.

-e. Wolsen (Kr. Bitterfeld), 18. Jan. [Der hiesige Konsumverein, j. e. G. m. b. H., zeigt in seinem Rechnungsabschluß für das letzte Geschäftsjahr an Aktiven und Passiven je 4453,78 M.; der Reingewinn beziffert sich auf 2096,20 M. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 70, gegen 63 im Vorjahre. Die Haftsumme sämtlicher Genossen beläuft sich auf 1400 M.

○ Voigtstedt, 19. Jan. [Die goldene Hochzeit] feierte letzten Freitag das Ehepaar Arbeiter Friedrich Karl und Frau, Friederike geb. Harraß, 73 und 69 Jahre alt. Fast die ganze Gemeinde nahm teil an dem Feste, um so mehr, als die Jubelbraut 37 Jahre lang das nicht unwichtige Amt einer Hebamme hier ausübte und in dieser Zeit nicht weniger als 1355 Kindern den Weg ins irdische Dasein erleichterte. Die Gemeinde spendete 30 M., ebenso viel der König. Der Arbeiterverein widmete seinem langjährigen Mitgliede ein Geschenk, während der Kriegerverein durch die zum Konzert anwesende Nitzsche Kapelle aus Artern ein Ständchen bringen ließ. Ein solches brachte auch der hiesige Gesangverein „Concordia." Äußerdem langten von Verwandten und Bekannten zahlreiche Glückwünsche an.

K Erfurt, 19. Jan. [Aus Furcht vor Strafe] wegen Veruntreuungen machte heute vormittag die bei einer Herrschaft am „Fischerland" in Dienst stehende 18jährige Emilie Hellmund ihrem Leben durch Erhängen ein Ende.

K Tittelstedt, 19. Jan. [Gemeinnütziges.] Da die Chaussee-Dampfwalze der Stadt Erfurt permanent in Anspruch genommen ist, hat der hiesige Bäckermeister Herr Schreck neuerdings in Jener in Schlesien eine Dampfwalze für 15,000 Mark bestellt, welche er den Gemeinden des Landkreises zur Verfügung stellt. Einem längst gefühlten Bedürfnis wird damit abgeholfen.

tz. Gösten, 19. Jan. [Langes Leben. — Alter Baum.] In voriger Woche wurde der älteste Einwohner unserer Stadt, der 88 Jahre alte Schneidermeister Brandt, der seit etwa 60 Jahren Mitglied der hiesigen Schneiderinnung und Ehrenmitglied derselben war, zur letzten Ruhe bestattet. — Im Neumdorfer Busche wurde eine ca. 300 Jahre alte Eiche gefällt. Diese hatte einen Umfang von 4 m. Ein solcher Riese unter den Bäumen ist in der hiesigen sonst gänzlich waldlosen Gegend eine Seltenheit.

* Eisenberg, 19. Jan. [Verhaftet] wurde in Potsdam der flüchtige Defendant Orth aus Eisenberg, der zum Nachteil des hiesigen Warenkonsumvereins größere Unterschlagungen und Bücherfälschungen verübte. Er schrieb von Dessau an die Vereinsleitung und erbot sich für den Fehlbetrag aufzukommen. Dieser Brief führte auf seine Spur.

□ Altenburg, 17. Jan. [Eigentümliche Beschränkung der Bewegungsfreiheit eines Lehrers.] Lehrer Kühn hier hat zum 1. April d. J einen Ruf als Lehrer nach Leipzig erhalten und daher seine diesseitige Kündigung dem Ministerium eingereicht, das ihm daraufhin mitteilte, daß er bei seinem Weggange für den Nachwuchs, den der Staat für ihn während seiner Seminarzeit gehabt habe, 790 M. an die Staatskasse zurückzuzahlen habe. Kühn hat sich geweigert, diese Zahlung zu leisten und zugleich erklärt, daß er bei seinem Entschlusse, nach Leipzig zu gehen, bleibe. Daraufhin hat das Ministerium dem Schulvorstande in Altenburg eröffnet, daß es den Lehrer Kühn nicht entlassen werde, so lange er sich zu zahlen weigere. Der Schulvorstand hat sich auf den Standpunkt gestellt, da K. seine Stelle rechtzeitig gekündigt hat, mit dem 1. April sein Dienstverhältnis zur Schulgemeinde Altenburg als gelöst zu betrachten. Auf den Ausgang der Angelegenheit ist man in den besonders interessierten Kreisen sehr gespannt.

Vermischtes.

Vom Eis zerdrückt. Durch Staueis wurden am Montag im Hamburger Hafen drei mit Kohlen beladene Elbkähne in den Grund gedrückt. An der Elbbrücke wurden vier Fahrzeuge schwer beschädigt.

Ein neuer Grubenbrand. Wie aus Pornsdaw telegraphiert wird, ist Montag vormittag im Aletnaschacht wieder ein Brand ausgebrochen. Das brennende Rohöl ergießt sich in den Tysmenienza in der Richtung der Erdwachsgruben. Die in der Nähe des Aletnaschachts befindlichen Terrains sind bei der herrschenden Windstille nicht bedroht.

Ueber eine Explosion wird aus Konstantine (Algier) gemeldet: In einer Spezereihandlung wurden infolge einer Explosion der Ladenbesitzer und vier Kunden getötet. Es heißt, daß der Besitzer des Ladens heimlich Pulver herstellte.

Durch das letzte Erdbeben in Andijschan kamen nach den letzten Nachrichten, die aus Mittelasien eingelaufen sind, mehr als 7000 Menschen ums Leben. Die Zahl der Verwundeten ließ sich nicht feststellen. Der angerichtete Schaden wird auf mehr als 15 Millionen Rubel berechnet. Es ist augenblicklich in Andijschan außerordentlich kalt und die verarmten Einwohner leiden unendlich. Fortgesetzte Erdstöße erregen trotz ihrer Schwäche Beunruhigung.

Letzte Telegramme.

Berlin, 20. Jan. General der Kavallerie Frhr. v. Salmuth, Schöneberg, zuletzt Kommandeur der 7. Division, ist gestern vormittag 9½ Uhr in Berlin gestorben.

Berlin, 19. Jan. Auf der Havel in der Nähe der Pfaueninsel brachen heute nachmittag beim Schlittschuhlaufen vier Personen ein: ein Lehrer und drei Damen. Eine Dame konnte gerettet werden, die übrigen mußten ertrinken.

Konstantinopel, 18. Jan. Während der heutigen Messe in der Kathedrale gab ein armenischer Apothekenelev mehrere Revolverschüsse auf den Patriarchen Ormanian ab und verwundete ihn an der rechten Schulter. Die Verwundung ist scheinbar ungefährlich. Der Angreifer wurde verhaftet; man glaubt, daß er dem armenischen Komitee angehört.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030120011/fragment/page=0003

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

(Nachdruck verboten.)

21. Januar: Wolkig, teils sonnig, Niederschläge. Strichweise Nebel. Windig.
22. Januar: Feuchtkalt, wolkig, Niederschläge. Windig.
23. Januar: Wenig verändert, später heiter. Stark windig.
24. Januar: Meist kälter, wolkig, Niederschläge. Sturmwarnung für die Küsten.

Meteorologische Station zu Halle.

	19. Januar (9 Uhr 12 Min. ab.)	20. Januar (7 Uhr 12 Min. morg.)
Barometer Millimeter	765,4	764,5
Thermometer Celsius	−7,5	−9,9
Rel. Feuchtigkeit	92 %	90 %
Wind	SO 4	E 2

Maximum der Temperatur am 19. Januar: −6,6° C.
Minimum in der Nacht vom 19. Januar zum 20. Januar: −10,8° C.
Niederschläge am 20. Januar 7 Uhr morgens: 0,0 mm.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Preussische Hypotheken-Aktien-Bank. In der Sitzung des Aufsichtsrates am 17. wurden die Ergebnisse der vom Vorstande vorgenommenen Wertschätzungen sowie der Abschluss v rgelegt. Letzterer weist Zinseingänge aus Hypotheken (i. V. 13,54 Mill.) und Effekten etc. in Höhe von 13½ Millionen auf, denen an Ausgaben für Pfandbriefzinsen etwa 13,140,000 M. (5,57 Mill. M.), an Verwaltungskosten etwa 520,000 M. (0,546 M.) gegenüberstehen, sodass sich ein Ueberschuss von rund 2,840,000 M. ergibt (i. V. 6,45 Mill. M., die auf Hypothekenreservekonto übertragen wurden). Durch Ausfälle an Hypotheken (hauptsächlich die Engagements mit Petzold & Co.) von etwa 2,250,000 M. reduziert sich der Gewinnsaldo auf 590,000 M. Da die jetzt abgeschlossenen Wertschätzungen eine Erhöhung des Hypotheken-Dividenden Kontos um 1,422,750 M. auf 19,403,000 M. erfordern werden, ergibt sich ein Fehlbetrag von 830,000 M., der durch die mit Rücksicht auf teils erfolgte, teils gesicherte Eingänge gerechtfertigte höhere Schätzung der Chirographarwerte ausgeglichen wird. Eine Dividende kann sonach nicht zur Verteilung gelangen. Für das laufende Jahr glaubt die Verwaltung nach dem vorgelegten Vorausschlag 4½ Proz. in Aussicht nehmen zu können.

— Auch in Essen (Ruhr) wird wegen Ankaufs der Strassenbahn seitens der Stadt verhandelt. Die dortige Bahn gehört der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Darmstadt. Die Forderung der Gesellschaft beträgt 16 Mill. M.

— Die Verwaltung der Leipziger Baumwollweberei, Wolkenburg, beantragt für 1902 3 Proz. Dividende.

— Der erste Direktor der Koburg-Gothaischen Kreditanstalt, Geh. Finanzrat Emil Riemann ist am 18. gestorben.

— In Dresden wurden gestern die Aktien der Deutschen Gussstahlkugel- und Maschinenfabrik Schwelitzer, zum ersten male wieder gehandelt. Der Kurs wurde mit 60 notiert.

Essen a. Ruhr, 19. Jan. Kohlenmarkt. Die Nachfrage nach Kohlen ist lebhafter.

Rio de Janeiro, 17. Jan. Wechsel auf London 11³/₁₆.

Schlachtviehmarkt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Am 19. Jan. 1903

Aufgetrieben waren	Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual. a.	III. Qual. b.	verkauft	unverkauft
51 Rinder,							51	—
davon: 5 Ochsen,	35	—	33	—	30	—	5	—
4 Färsen,	33	—	31	—	29	—	4	—
35 Kühe,	32	—	27	—	25	—	35	—
7 Bullen,	33	—	31	—	28	—	7	—
1 Kalb,	—	—	—	—	36	—	1	—
49 Hammel (Schafe),	30	—	27	—	25	—	49	—
231 Schweine	63	—	61	—	59	—	190	41

Gesamtauftrieb 332 Schlachttiere.

Schlachtviehmarkt Leipzig, 19. Jan. Marktpreise für 50 kg in Mark, erste Notierung für Lebend-, zweite für Schlachtgewicht. Auftrieb: 526 Rinder, und zwar: 193 Ochsen, 23 Kalben, 174 Kühe, 123 Bullen; 244 Kälber; 569 Stück Schafvieh; 1666 Schweine, und zwar 1695 deutsche, — aus Ungarn, zusammen 3429 Tiere

Ochsen:	1. vollfleischige, ausgemästete	— —	70
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete	— —	67
	3. mässig genährte junge, gut genährte ältere	— —	64
	4. gering genährte jeden Alters	— —	60
Kalben u. Kühe:	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben	— —	69
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe	— —	65
	3. ältere ausgemästete Kühe	— —	61
	4. mässig genährte Kühe und Kalben	— —	56
	5. gering genährte Kühe und Kalben	— —	48
Bullen:	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	— —	65
	2. mässig genährte jüngere u. genährte ältere	— —	63
	3. gering genährte	— —	60
Kälber:	1. feinste Mast (Vollm.-Mast) u. beste Saugkälber	47	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	43	—
	3. geringe Saugkälber	35	—
Schafe:	1. Mastlämmer und jüngere Masthammel	35	—
	2. ältere Masthammel	33	—
	3. mässig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	30	—
Schweine:	1. vollfleischige der feineren	— —	61
	2. fleischige	— —	58
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	— —	52
	4. ausländische (aus)	— —	—

Geschäftsgang mittelmässig. Verkauf: 495 Rinder und zwar: 180 Ochsen, 26 Kalben, 166 Kühe, 123 Bullen, 242 Kälber, 553 Schafe, 1657 Schweine.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse u. s. w.

New York, 19. Jan. [Telegr.] Roter Winterweizen loco 82⅞ (vorige Notierung 82⅛), Januar — (—), Mai 82⅞ (82¼), Juli 79⅞ (79½), September — (—). Mais Januar 60 (58¾). Mai 48⅞ (49⅛), Juli 47⅞ (48). Mehl 3,05—3,10 (3,05—3,10) Getreidefracht 1½ (1½).

Chicago, 19. Jan. [Telegr.] Weizen Januar — (—), Mai 79½ (78⅞). Mais Mai 43¾ (43¾).

Berlin, 19. Jan. Frühmarkt. Weizen loco Märker und Sächsischer 156,00 ab Bahn. — Roggen loco guter Märker 136,00 ab Bahn — Gerste, inländische Futtergerste 133—141, do. klamm mit Geruch 125—132, alles frei Wagen und ab Bahn, do. russ 123—126 frei Wagen — Hafer, märk., mecklenb., pomm., posen., schles. fein 155—165 mecklenb., pomm., mittel 145 bis 154, do. posen. und schles mittel 145,00—154,00, do. märk., mecklenb., pomm., schles gering 141,00—144,00, do. mit Geruch behauptet 136—142, russische —, alles frei Wagen und ab Bahn. Schwach preishaltend. — Mais, amerikan mixed 145—147 frei Wagen. — Erbsen, inländische Futterware 145,00—152,00, feine Futterware 153—166 frei Wagen und ab Bahn — Weizenmehl Nr. 00 19,75—22,00. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,30—19,50. — Weizenkleie, grobe und feine 9,50—10,00. — Roggenkleie 9,40—9,80.

Hamburg, 19. Jan Weizen fest, holsteinischer und mecklenburgischer 151, Hard Winter No. 2 Jan.-Abladung 132,50. Roggen fest, südrussischer fest, 9 Pud 125 Jan.-Abl. 104,00, mecklenburg. und holsteinischer 140,00. — Mais höher, 120,00—122,00, do. runder —. — Hafer fest. Gerste fest.

Amsterdam, 19. Jan. Weizen auf Termine geschäftslos, März —, Mai —. Roggen auf Termine geschäftslos, März —, Mai —.

Antwerpen, 19. Jan. Weizen und Gerste steigend, Roggen fest, Hafer behauptet.

London, 19. Jan. Markt fest, aber ruhig. Stadtmehl 23/9—23 sh.

Oelsaaten. Oele. Fettwaren.

New York, 19. Jan. [Telegr.] Schmalz Western steam 10,40 (10,40), do. Rohe und Brothers 10,55 (10,55).

Chicago, 19. Jan. [Telegr.] Schmalz Januar 10,15 (10,00), Mai 9,47 (9,47½).

Bremen, 19. Jan Schmalz. Ruhig. Loco, Tubs und Firkins 62½ Pfg., in Doppeleimern 63 Pfg., schwimmend Jan.-Liefer. Tubs u. Firkins —, Doppeleimer — Pfg. Speck ruhig. Short loco — Pfg.

Hamburg, 19 Jan Rüböl (unverzollt) ruhig. loco 49 50

Paris, 19. Jan (Schlussbericht.) Rüböl ruhig Jan. 53,75, Febr. 54,00, März-April 54,50, Mai-Aug. 55,50.

Antwerpen, 19 Jan. Schmalz per Jan. 123,50.

Petroleum.

New York, 19. Jan. (Telegr.) Petroleum Standard white in New York 8,30, do. in Philadelphia 8,25, do. Refined 10,60 (in Cases) do. Credit Balances Cat Oil ity 1,54.

Hamburg 19 Jan. Petroleum fest. Standard white loco 7,05 Br.

Antwerpen, 19 Jan. (Schlussbericht.) Raffiniertes, Type weiss loco 21,00 bez. u. Br., per Jan. 21,00 Br., per Febr. 21,25 Br., per März 21,50 Br. Fest.

Kaffee.

Hamburg, 19 Jan Kaffee behauptet, Umsatz 3000 Sack.

Hamburg, 19 Jan abends 6 Uhr Kaffee good average Santos, Jan. 26,50 Gd., März 27,25 Gd., per Mai 27,75 Gd., Sept. 23,50 Gd. Ruhig.

Amsterdam, 19. Jan. Java-Kaffee good ordinary 34 00.

Havre, 16. (Schlussbericht.) (Bericht der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos, per Jan. 32,50, per März 32 25, per Mai 3,275, per Sept. 23,75, per Dez. 34,55. Behauptet.

Zucker.

London, 19. Jan. 96% Javazucker loco 9¼ nom., Rübenrohzucker per Dez. 8 sh. 1 d. Stetig.

Paris, 19. Jan. Rohzucker ruhig, 88% n. Kondit. 21¼ à 22. Weisser Zucker schr träge, Nr. 3, für 100 kg per Jan. 25. per Febr. 25⅛, per Mai-August 26, per Okt.-Jan. 27⅞.

Spiritus.

Nordhausen, 19. Jan. Branntwein 45 % Vol für 100 kg ohne Fass ab Brennerei 63,50 65,50 M., desgl. 40 Vol. % 57,50—59,50 M.

Schiffsnachrichten.

Bewegungen der Dampfer der Deutschen Ost-Afrika-Linie. R. F. D. Kronprinz, auf Ausreise, 14 von Mozambique. Markgraf, auf Ausreise, 16. von Neapel Bürgermeister, auf Ausreise, 16. in Antwerpen. General, auf Heimreise, 16. von Lisabon. Kanzler, auf Heimreise, 13. von Durban, Gouverneur, auf Heimreise, 16. von Mozambique.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null)

Saale und Unstrut	13. Jan.	19. Jan.	Fall	Woche
Artern, Brückenpegel	+ 1,23	+ 1,13	10	—
Weissenfels, Oberpegel	+ 2,58	+ 2,51	6	—
do. Unterpegel	+ 1,08	+ 1,84	—	76
Trotha	—	—	—	—
Alsleben, Oberpegel	+ 2,60	+ 2,53	7	—
do. Unterpegel	+ 2,00	+ 2,93	—	93
Bernburg	+ 1,47	+ 1,37	10	—
Kalbe, Oberpegel	+ 1,78	+ 1,62	—	4
do. Unterpegel	+ 1,34	+ 1,12	22	—

Der Wasserstand von Trotha befindet sich im Abendblatte.

Moldau. Iser. Eger. Elbe.	Jan.	Fall	Woche		Jan.	Fall	Woche
Budweis	18. 0,09	4	—	Torgau	19. + 0,62	18	—
Prag	» — 0,18	15	—	Wittenberg	» —	—	—
Jungbunzlau	» + 0,76	2	—	Roeslau	» + 1,22	26	—
Laun	» + 0,67	—	15	Barby	» + 1,75	50	—
Pardubitz	» + 0,10	2	—	Magdeburg	» + 1,45	32	—
Brandeis	» + 0,04	1	—	Tangermünde	» + 2,76	19	—
Melnik	» — 0,36	11	—	Wittenberge	» + 2,75	13	—
Leitmeritz	» — 0,28	8	—	Dömitz Peg	18 + 2,84	16	—
Aussig	19. — 0,21	12	—	Lauenburg	19 + 2,70	14	—
Dresden	» — 1,58	13	—				

Aussig: Von den oberen Plätzen werden 42 cm Wuchs gemeldet. Bernburg: Eisstand. Dresden: Stakes Treibeis. Torgau: Eisgang stark. Rosslau: Starkes Treibeis Schönebeck: Eisgang Magdeburg: Starker Eisgang. Tangermünde: Starker Eisgang. Wittenberge: Eistreiben stark. Brod a-Dömitz: Viel Treibeis. Lauenburg: Starkes Treibeis.

Berliner Börse

vom 19. Januar.

(Ergänzung zu den telegr. Meldungen im gestr. Abendblatt.

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 4, Lomb. 5. Amsterd. 3, Brüssel 3, Wien 5 Petersb. 4½, London 4, Paris 3

Deutsche Fonds u. Staatspap		
Barmer Stadtanleihe	3½	99,50B
Berliner Stadt-Obl.	3½	100,50bz6
do. do. 1892	3½	100,50bz6
Magdeburger St Anl.	3½	100,30G
do do. neue	4	104,50G
Westpr. Prov.-Anl.	3½	99,40
Bad. Staats-Eis.-Anl.	3½	101,00bz
Bayrische Anleihe	3½	101,60bz6
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	140,10bz
Köln-Mind Pr.-Anih.	3½	187,00bz
Hamb 50 Thlr.-Loose	3	140,80bz
Meininger 7 fl.-Loose	—	30,80bz
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	— —

Ausländische Fonds		
Argent Gold-Anl. 5%	5	— —
do. Innere do. 4½%	4½	80 50bz
Barletta 100 Lire-Loose	—	18,50bz6
Bukar. Stadt-Anl. 1884	4½	95,75bz
do. do. 1888	4½	95,30
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	91,00bz6
Chinesische St.-Anl.	5½	— —
do. v. 1895	6	105,00bz
do. do. kleine	6	105,00bz
do. v. 1896	5	100,75 wG
do. v. 1898	4½	92,20bzG
Egyptische priv. Anl.	4	— —
do. do. do.	3½	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	34 25G
Griech. Anl. 1881—84	—	43 10bz
do. kons. Goldrente	—	33,00bz
do. Monopol-Anl.	—	45 10bz
do. Gd.-Anl. v. 1890	—	41,50
Lissabon Stadtanl. 1886	4	79 00bz
do. do.	—	79,10
Mailland. 10 Lire-Loose	—	18,25bz6
Mexikaner Anl. à 100	—	101,10bz
do do à 20	5	101,75bz
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	4	157,60bz
Rumän. Anleihe 1891	4	66 40G
do. do. mittlere	4	88,90B
do. do. kleine	4	88,90B
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	— —
do. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	101 00G
do. Boden-Kredit	5	113,25bz
do. 5⁸/₁₆% do. gar.	3⅞	97,30G
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	— —
do. do. 1866	5	— —
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	— —
do. do. 1890	3½	— —
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	106,50bz
Türkische Anleihe D.	1	30 55bz
do. Administ	5	103 50bz
do. 400 Frcs.-Loose	—	132,50bz
Ungarische Gold I.-A.	4½	— —
do. Kr.-R.	4	99 75bz
do. Stats-R. 97	3½	93,00bzG

Industrie-Aktien.		
A.-G. f. Anilinfabr.	15	239,25bz3
Admiralsgarten-Bad	5	95,50G
Annaburger Steingut	0	82,50bz6
Archimedes	4	152,00bz6
Braunschweiger Jute	12	181,50bz6
Berl.-Anh. Maschinen	14	180,25
Berl-Charl. Bau-V.	m. T	625,50bz0
Berliner Bockbrauerei	9	152,50G
do. Brauerei Königst.	5	129,20bz
do. Union Gratweil	5	168,00bz
Brsl. Eisenb.-W., Linke	8	160 00bz6
Breslauer Oelwerke	½	68,10bz0
do. Strassenbahn	10¼	— —
Cement-Ban-Ges. Berl.	fr. Z	235 25bz
Chemitb. Wasserwerk	13¼	292,00bz
Chem. Fabr. Schering	10	216,00
Chemn. Masch. Zimm.	4	109,10bz6
Dessauer Gas	12	203,00bz6
Deutsch-Am. Werkz.	0	37 25G
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	5	118,25bz6
Dtsch. Jutespinnerei	5	133,50bz
Eckert Masch.-Fab.	5	119,75bz6
Elberfeld. Farbenfabr.	20	335,50bz
Erdmannsdorf. Spinn.	0	61,50G
Freund Masch. konv.	12	131 00G
Gerlitzer Eisenbkbl.	12	219,00bz6
Hagener Gusstahl	0	41,00bz3
Hansa, Dampfschiff.	8	119 10bz
Harburg-Wien Gummi	20	329,25bz3
Harkort St.-Pr. konv.	7	82,90bz
do. Brückenb. konv.	7½	113,75B
do. do. St.-Pr.	8½	131 00G
Keyling & Th. Eiseng.	3	109,75G
Köln-Müsener conv.	6	91,75bz
Kurfürstend. Ges. Liq.	fr. Z	354,00bz
La Veloce, Ital. D.	0	— —
Ludw. Löwe & Co.	12	254,00bz6
Mätzerei Wrede	4	79,75G
Magdeburger Baubank	5	83,75bz6
Magdeb. Strassenbahn.	6	113,75G
Maschin. Breuer	4	— —
Neue Boden-A.-G.	6	154,50bz6
Neuroder Kunstsandst.	7	102,25bz6
Nienburg E. V.-A. abg.	0	57,25bz
Nordd. Eiswerke	2	61,90bz6
Omnibus Gesellschaft	10	162,25bz
Oppeln Port.-Cem.	3	112,50bz
Preussich & Koppel	0	122,70bz
Rhein. Chem. u. Düngew.	3	69 25bz6
Sangerhäuser Masch.	15	195,10bz6
Saxonia Cement	3	96 25G
Schäffer u. Walcker	0	47,00bz6
Schlesische Cement	6½	160,00bz6
Schwartzkopff	10	201 55bz6
Siemens, Glas-Industr	18	238 75G
Siemens & Halske	8	130 25bz6
Stettiner Cham. Fabr.	18	253 25bz6
Sudenburg. Maschin.	0	59,75G
Ver. Köln-Rottw. Pulv	11	200,25bz6
Vereinsbrauerei Artern	5½	— —
Westf. Draht-Industrie	9	132,60bz
Witteuer Guss	7	156,50bz6
Wilhelmshütte conv.	0	75,25G
Zuckerfabr. Ernstedt	10	150 25bz6

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig		
Dortm.-Gronau	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.		
Breslau-Warschau	4	85,70B
Dortmund-Gronau . K.	3½	199,75bz
Marienb.-Mlawkaw	5	121,75bz
Ostpreuss. Südbahn	4½	118,50G

Eisenb. Prior.-Obligationen.		
Ital. Eis.-Obl. St. gar.	3	70,70B
do. Mittelmeerb. stfr.	4	102,60bz0
Lemberg-Czernowitz	4	— —
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	94,80G
do. Ergänzungsn.	3	— —
do. do. Gold-Pr.	4	102,00bz6
Oesterr Lokalbahn	4	100,90B
do. Nordwestbahn	5	100,50G
Südöstler. Bahn (Lomb.)	3	64,20
do. Obligationen	5	105,90bz
Ung. Nordosth. Gold-O.	4½	— —
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	— —
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	— —
Kosl.-Woronesch Obl.	4	100,25bz
K.-Clark.-As., Obl., 89	4	100,40B
Kursk-Kiew	4	100,30bz6
Mosco-Kiew-Woron	4	100,10bz6
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	— —
Mosco-Smolensk	5	100,10bz6
Orel-Grjäsi 1889	4	— —
Rjäsan-Koslow	4	100,60bz
Rjäsan-Uralsk gar ukd. (b. 1909)	4	— —
Rjaschk-Morczansk	5	100,10bz6
Rybinsk-Bologoye	4	100,20B
Russ. Südwestbahn	4	100 00bz6
Transkaukasische	3	86,50bz
Warschau-Wiener 10ar	4	— —
do. IX. Ser.	4	100,50bz6
Wladikawkas Oblig.	4	100 20bz
do. unkdb. b. 1906	4	100,10bz6
Manitoba rz. 1933	4½	— —
Northern-Pac. I. b. 1921	4	— —
do. Pref.	4	103,75B
do. do. Gen. Lien.	3	73,20bz6
S Louis u. S Fr. rz. 1931	6	— —
do. do. do.	5	93,10bz6
Central-Pacific	5	— —
Anatol. I. 2040 M.	5	103,90bz
" II. Ergz. 2040 M.	5	103,00bz
Mazedonische G.-O.	3	65,25bz6
Portug. Eisenb. O. 1886	3	73,10bz6
do. 1889	4½	96,00bz6

Eisenbahn Stamm Aktien.		
Aachen-Mastricht	7½	— —
Buschtiehrader B.	13	— —
Halberst.-Blankenb.	4	119,00bz6
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	96,60bz6

Ausländ. Eisenb. Stamm- u. Stamm Prior. Aktien.		
Aussig-Teplitz	13,4	— —
Böhmische Nordbahn	2½	— —
Galiz (Karl-Ludw.-B.)	3	— —
Graz-Köflach	6½	— —
Kaschau-Oderberg	4	— —
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	100,60B
Lemberg-Czernowitz	5	— —
Oesterr. Nordwestb.	4½	— —
do. B. Elbethalb.	5½	— —
Südösterreich (Lomb.)	2½	16,70bz
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Iranzor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	9⅞	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	26¼	183,500
Gotthardbahn	6	182,00G
Ital. Meridionaux	6⅞	— —
Lüttich-Limburg	0,10	— —
Schweiz. Centralbahn	9⅞	— —
Westschweizerische Anl.	4	41,70bz

Hypoth.-Pfand- u. Rentenbriefe.		
Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100 25bz6
Berl. Hyp.-B. 89% abg.	4	99,40G
" " 95% "	3½	94,25G
B.-Han. Hyp. I., X. XI.	3½	96,50bz6
" II.-IX., XII.-XV.	3½	95,00bz6
" XVI. u. XVII.	4	100,60G
" XVIII. unk. 26	4	100,30bz6
" XIX.	3½	95,00bz6
" XX. unk. 16	3½	95,75G
D. G.-K.-B. IV. rz. 110	3½	101,00bz6
do. do. V. rz. 105	3½	— —
do. VI. unkb. 1909	4	101,100
do. VII unkb. b. 1909	4	102,10bz6
do. VIII S.b. 1905 unk.	3½	102,50G
do. IX. u. IX a bis 9 unk.	4	99 60bz6
Deuts. Hyp.-B.-Pfd. VII.	4	100,25bz6
do. I. u. Ia. conv.	4	100,30bz6
do. X. unkdb. 19 8	4	101,25bz6
do. XI. v. XII. „ 1910	4	102,25bz6
Hamb. 251-310 unk. 1905	4	100,75bz6
do. unk. bis 1900	4	100,30bz6
do. S. 01-330, unk. 1908	3½	96,10G
do. S. 46-190, uk. 1905	3½	95,40bz6
do. alte u. conv.	3½	95,40bz6
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3¾	97,50G
do. do. II.	3½	95,00G
do. do. III	4	100,25G
do. do. IV-VI.	4	101,00bz6
Leipz. Hyp.-B. VII. 1908	3½	97,40G
do. do. F.	4	102,50G
do. do. VIII. IX.	4	102,50G
Mein. H.-B. conv.	4	100,80G
do. Serie II.	4	100,80G
do. unkdb. bis 1905	3½	96,00G
do. unkdb. bis 1907	3½	96,00G
do. Em. VI.	4	100,80bz6
do. Em VII unk. b. 1906	4	102,00bz6
do. Präm.-Pfdbr	4	135,00bz6
Nordd Gr.-Cred.-Pfdb.	4	100,00G
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	100,10bz6
Ostpreussische	3½	99,75bz6
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	89,00bz6
do. VII. VIII. 1901 uk.	4	89,00bz6
do. IX. X. 19 6 uk.	3½	— —
do. XI. XII. 1906 uk.	3½	— —
do. II. III. 1906 uk.	3½	— —
Posensche	4	103,25bz
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,80G
do. III., V. u. VI. rz. 100	4	— —
do. XIII rz. 100	4	100,90 wG
do. XIV. ukb. 1905	4	101,20bz6
do. XV. ukb. 1904	3½	95,70G
do. XVIII. ukb. 1911	4	102,00G
do. XIX. ukb. 1911	4	102,80bz6
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1906	4	102,90bz6
do. do. v. 1891	3½	96,00bz6
do. ukb. 1906	3½	96,30bz6
P. H.-A.-B. abg. 60% rz. 125	4½	115,00G
do. do.	4	94,00bz6
do. Restcertifikate.	frc.	15,30bz6
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	95,25bz6
do. XVIII. ukdb. 1908	3½	95,30bz6
do. XIX ukdb. 1909	4	101,75bz6
do. XX u. XXI. uk. 1910	4	102,30bz6
do. kleinb.-Obl. b. 1904	3½	94,50
do. „ „ b. 1908	4	101 60bz6
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	99,90
do. do. Em. II. unk. 1910	4	— —
Rh. W. Bdcr. I. III. V.	4	— —
„ ukb. b. 1905	3½	95,30G
„ II. u. IV., b. 1904	3½	95,90G
„ VI., ukdb. 1903	4	101,20bz6
„ VII., ukdb. 1908	4	101,20bz6
„ VIII., ukdb. 1910	4	102,00bz6
Sächsische	3½	— —
do.	3	— —
do.	3	88 80G
Westpr. vlt. I. I. B	3½	99,30bz6
Pommersche	4	103,30G
Posensche	4	103,30G
Preussische	4	103,30G
Sächsische	4	103,25G
Schlesische	4	103,30G

Rentenbr.

Bergwerks- u. Hütten-Ges.		
Aplerbeck	6	152,50wG
Arenberg Bergwerk	45	569,00G
Baroper Walzwerk	0	108,60wG
Berzelius	0	93 90G
Bismarckhütte	10	220 60G
Concordia-Bergwerk	25	270,50G
Consolidat. Bergw.-G.	27	247,50wG
Consol. Marie	4	85,50G
Duxer Kohlen kon.	15	174,500
Gelsenkirch. Gusstah.	0	104 50G
Harzer Eisenw. Lit. A. B.	0	79 50wG
Inowrazl., Steinsalzbl	6	115,30wG
Kattowitzer	12	210,50wG
Königin-Marienh. V.-A	—	54,25wG
Leopoldsgr. Edelerlz	7	105,50wG
Luise Tiefbau konv.	0	37,75G
do. do. St.-Pr.	0	71,75G
Magdeburg-Bergwerk	12	— —
Marienhütje Kotzenau	0	65,00G
Mend. & Schwert. St.-Pr.	0	84,00G
Niederl. Kohlen	8	139 75wG
Rhein. Stahlw. Lit. C.	5	148,00wG
Schlesisch. Zinkhütten	16	330,00bz
Stadtberger Hütte	12	135,00wG
Wurm-Revier	8½	131,00wG

Oblig. v. Indnstr. u. Bergw. Ges		
Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	102 40bzG
Aschaffenb. Papierf	4½	102,60G
Aschersleb. Kalkwerke	4	100,20G
Bochumer Gusstahl	4	— —
Dessauer Gas	4½	107 90G
Dortmunder Union	5	111 10wG
Elektr. Licht- u. Kraft.	4½	101,20wG
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	99,60wG
Hamb.-Packetfahrt	4	— —
Fr. Krupp-Obl.	4	102 75G
Laurahütte	3½	96,00bz
Naphta-Obligationen	4½	100,00G
Norddeutscher Lloyd	4	— —
Oberschl. Eisen-Ind.	4	97,50G
v. Tiele-Winkler	4	100,00G
Zeitzer Eisengiesserei	4½	104,00wG

Bank-Aktien.		
Bank d. Berl. Kassenv.	4½	130,00bzB
Berg-Märk. B. i. Elbf.	8½	158,00wG
Berliner Hyp.-Bank	4	99,00wG
do. do. Lit. B.	4	118,00wG
Börsen-Handelsverein.	5	100,10G
Cob.-Coth. Kredit-Ges.	4	95,25bzB
Cöln W. u. Komm.	1½	99,75wG
Danziger Privatbank	5	— —
Disch. Effek.-B. (Hahn)	6	105,00wG
do. Hypoth.-B. (Berl.)	4½	125 40wG
Dresdener Bankverein	5½	104,75bzG
Essener Kredit	8	149,00wG
Gothaer Privatbank	6	120,00wG
do. Grundkredib.	7	133,50wG
Hamburg. Hypoth.-B.	8	157,75G
Königsberg. Vereinsb.	6	111,75wG
Leipziger Bank	fr. Z.	0,70wG
Lübecker Kommerzb.	6⅞	127,75G
Magdeburger Privatb.	0	88 60G
Nordd. Grund-Kredit.	5	95,30wG
Pr. Hyp.-B. abg. n. neue	—	101,60wG
Preuss. Pfandbr.-Bk.	7	127,00wG
Rheinische Bank	0	49,00bzG
Wilhelms, Mgd Allgl.	17⅞	132bzG

Leipziger Börse, 19 Januar.

Zt.		M.		Zt.		M
3	Sächs. Rent.-Anl.	89,90B		4	Manuf. Gew. 1882	102,25G
3	do. 1000	89,90B		4	do. 1879	102,00G
3	do. 500	89 95G		4	do. Em 1875	102 00G
	Thlr.			3½	Stadtobl 1881 konv.	101